

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

246 (28.10.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparthei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abonen abgeholt, monatlich 80 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Nr. 825, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Nr. 867 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.	Fernsprecher Nr. 535.	Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.	Fernsprecher Nr. 535.	Anzeigen: Die sechspaltige Reizzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamen 60 Pfg. Sozialanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.
Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.	Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilage, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtlich in Karlsruhe.	Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wahler in Karlsruhe.		

Gefinnungsgenossen!

Wähler zur Zweiten Badischen Kammer!

Der 21. Oktober ist für die politische Welt Badens ein hochwichtiger Gedanktag. Seine Ergebnisse enthalten eine ernste Lehre und eine eindringliche Mahnung und Warnung.

Von den 73 Kammerstimmen sind nur 38 vergeben worden. Ueber die anderen 35 soll erst der zweite Wahlgang entscheiden. Den Nationalliberalen sind nur 4 zugefallen. Und auch von diesen 4 hätten sie 3 nicht gewinnen können, wenn nicht andere Parteien ihnen direkt und indirekt Unterstützung geboten hätten.

So steht die Partei da, welche Jahrzehnte lang das öffentliche Leben im Lande beherrscht hat und noch immer Anspruch darauf erhebt, die Richtung der Politik des Landes bestimmen zu dürfen.

In ganz anderer Stärke steht das Zentrum da, welches von den 38 vergebenen Mandaten 23 gewonnen hat. Also auf der einen Seite die Nationalliberalen sehr schwach, auf der anderen Seite das Zentrum stark!

Ungleich wichtiger ist aber eine dritte Tatsache: Die Sozialdemokratie hat in höchst bedenklichem Umfang ihre Stimmenzahl erhöht und sofort 10 Mandate gewonnen.

Wenn diese Erscheinung bei kommenden Wahlen sich wiederholen würde, dann ginge das Land einer förmlichen Heberflutung durch die Sozialdemokratie entgegen. Und darin läge die größte Gefahr für Staat und Volk.

Diese bedauernde Erscheinung ist auf die unverantwortliche Hege zurückzuführen, welche seit Mitte Juni bis zur letzten Stunde vor der Wahl die Wähler irre zu führen gesucht hat. Leider haben Tausende sich wirklich irre führen lassen.

Viele sind gar nicht zur Wahl gegangen. Sie werden nunmehr selbst einsehen, daß sie damit nur dem Feinde einen Wunsch erfüllt und einen Dienst geleistet haben.

Viele andere haben dem Unmut, in welchen sie sich hineingegeben haben, damit Ausdruck gegeben, daß sie für einen Kandidaten der Sozialdemokratie stimmten.

Sie werden nun selber einsehen, daß sie damit nicht recht gehandelt, daß sie Unheil angerichtet und sich selbst in eine bedenkliche Gesellschaft begeben haben. Sie sind nicht Sozialdemokraten und wollen es nicht sein. Allein sie können es nicht hindern, daß sie wie Sozialdemokraten gezählt werden, nachdem sie wie Sozialdemokraten gestimmt haben.

Wohlan! Am 30. Oktober ist in einer großen Zahl von Wahlbezirken Gelegenheit geboten, den Fehler vom 21. Oktober wieder gut zu machen. Wer am 21. Oktober nicht zur Wahl gegangen ist, soll um so bereitwilliger am 30. Oktober seine Stimme abgeben. Wer am 21. Oktober aus Unmut gegen das Zentrum gestimmt hat, dem er immer zugehörte, der kommt nicht mit sich selbst in Widerspruch, sondern ist seiner politischen Vergangenheit getreu, wenn er nunmehr am 30. Oktober nach der Parole des Zentrums stimmt.

Und wollte jemand daran zweifeln, daß er am 30. Oktober es tun muß, so müßte ihn das Ereignis vom 25. Oktober gründlich überzeugen.

An diesem Tage haben die Nationalliberalen abermals ein Bündnis mit der Sozialdemokratie abgeschlossen. Statt gegen sie zu kämpfen, wollen sie ihr noch mehr Mandate zuschieben als sie schon hat. Und es wird ganz offen ausgesprochen, daß Liberale und Sozialdemokraten zusammen die Zweite Kammer beherrschen wollen. Wenn aber das käme, dann müßten die Kammerbeschlüsse ein wesentlich sozialdemokratisches Gepräge bekommen.

Ganz offen wird es ausgesprochen, daß für Baden eine neue Zeit beginnen soll:

trum gestimmt haben, sind manche, welche nicht haben wollen, daß die Sozialdemokratie noch stärker wird. Es kann also nicht besonders schwer sein, den Sieg zu erringen.

Wir vom Zentrum haben Bruchsal-Stadt zu verteidigen. Um nur 5 Stimmen ist unser Kandidat von der absoluten Mehrheit ferngeblieben. Auch hier sind noch Reserven. Von 2662 eingeschriebenen Wählern haben 277 nicht abgestimmt. Es kann also nicht schwer sein, den Sieg zu erringen.

Wir haben Säckingen-Waldshut zu verteidigen. Um nur 78 Stimmen ist unser Kandidat von der Mehrheit ferngeblieben. Es sind aber noch sehr zahlreiche Reserven da. Nicht weniger als 1367 haben am 21. Oktober nicht abgestimmt. Der Sieg kann also nicht schwer sein!

Wir haben Engen-Konstanz zu verteidigen. Um 278 Stimmen ist unser Kandidat von der absoluten Mehrheit ferngeblieben. Es sind aber 1155 am 21. Oktober nicht abgestimmt. Es wäre also auch hier nicht unmöglich, den Sieg zu erringen.

Wir müssen alles aufbieten, diese 4 Bezirke am 30. Okt. sicher zu stellen.

Es muß aber auch alles aufgeboten werden, damit den Konservativen die Siege erhalten bleiben, welche 1905 für sie gewonnen worden sind.

In Mosbach ist ihr Kandidat um nur 15 Stimmen, in Bretten-Bruchsal um 134 Stimmen hinter der absoluten Mehrheit zurückgeblieben. Es haben aber in Mosbach 1492 und in Bretten 1425 nicht gewählt.

Es muß alles aufgeboten werden, um auch den Bezirk Durlach-Ettingen für sie zu erhalten. Dort ist der konservative Kandidat um 352 Stimmen von der absoluten Mehrheit ferngeblieben. Es haben aber 1429 nicht abgestimmt.

Endlich sollte auch Durlach-Bruchsal noch gehalten werden können. Rund 1100 haben nicht abgestimmt, und die fast 1300 Wähler, welche nationalliberal oder freisinnig stimmten, werden doch nicht alle haben wollen, daß der Bezirk an die Sozialdemokratie ausgeliefert wird.

Das Gleiche wird man von den fast 800 sagen können, welche in Durlach-Ettingen nationalliberal gewählt haben.

Gefinnungsgenossen!

Wähler anderer bürgerlicher Parteien!

Auch jetzt wieder wollen die Nationalliberalen Freiburg II der Sozialdemokratie ausliefern. Wehrt Euch dagegen mit aller Kraft. Um nur 221 Stimmen ist der Zentrumskandidat von der absoluten Mehrheit ferngeblieben, während 736 nicht abgestimmt haben.

Es soll Schopfheim-Schnau an die Sozialdemokratie ausgeliefert werden! Werden die fast 1600 Wähler, die am 21. Oktober nationalliberal abgestimmt haben, es dulden? Werden die fast 1300, die gar nicht abgestimmt haben, sich nicht dagegen wehren?

Gefinnungsgenossen!

In Lahr-Altenheim haben dem konservativen Kandidaten 423 Stimmen zur absoluten Mehrheit gefehlt. Die nahezu 1100, welche für den Kandidaten der Sozialdemokratie gestimmt haben, sind vielfältig keine Sozialdemokraten. Und fast 1500 haben nicht abgestimmt.

In Adelsheim-Boxberg haben dem konservativen Kandidaten zur absoluten Mehrheit nur 84 Stimmen gefehlt. Fast 1300 haben aber nicht abgestimmt.

In Eppingen-Sinsheim ist der konservative Kandidat um 339 Stimmen von der absoluten Mehrheit ferngeblieben. Fast 2000 haben nicht gewählt.

Gefinnungsgenossen!

Wähler anderer bürgerlicher Parteien!

All diese Zahlen liefern den deutlichen Beweis dafür, daß am 30. Oktober noch vieles gewonnen werden kann.

Viel steht aber auch auf dem Spiel! Die nationalliberale Parteileitung will Baden an die Sozialdemokratie ausliefern und macht es wie jemand, der da spricht: Wenn nicht mein Wille gilt, soll alles zu Grunde gehen. Wenn wir mit aller Kraft uns dagegen wehren, wehren wir uns keineswegs nur um die Sache der eigenen Partei, nein:

Wir wehren uns um die wichtigsten Interessen des Staates und des Volkes.

Die Lösung für den 30. Oktober sei darum:

**Zurück mit dem Liberalismus!
Zurück mit der Sozialdemokratie!**

Gefinnungsgenossen!

Wähler anderer bürgerlicher Parteien!

Macht durch solche Rechnung einen biden Strich!
Ihr könnt es!
Ihr müßt es auch, wenn nicht Unheil über Staat und Volk kommen soll.
Ihr könnt es. Wir vom Zentrum haben am 30. Oktober Freiburg I zu verteidigen, den Bezirk des bisherigen Präsidenten der Kammer.
Um nur 50 Stimmen ist er von der absoluten Mehrheit ferngeblieben. Fast ein Fünftel der eingeschriebenen Wähler (685) hat am 21. Oktober nicht abgestimmt. Und unter denen, welche nicht für das Zen-

Oktober 1909.

Namens des Zentralkomitees:

Th. Wacker, Vorsitzender.

W. Situation des Zentrums und dessen Parole für den zweiten Wahlgang.

Das Zentrum hat bekanntlich von seinem bisherigen Besitz an Mandaten eines Verloren und 4 im zweiten Wahlgang zu verteidigen.

1. Das Mandat für Engen-Konstanz. Zentrums-kandidat Giesler hat eine relative Mehrheit von 34 Stimmen gehabt; zur absoluten fehlten ihm aber 278. Für den sozialdemokratischen Kandidaten wurden 586 abgegeben, darunter auch solche von Nicht-Sozialdemokraten.

Gar nicht abgestimmt haben 1155.

2. Das Mandat für Säckingen-Waldshut. Der Zentrums-kandidat Dieterle hat eine relative Mehrheit von 896 gehabt, zur absoluten fehlten ihm nur 78. Für den sozialdemokratischen Kandidaten wurden 1043 abgegeben.

Gar nicht abgestimmt haben 1367.

3. Das Mandat für Freiburg I. Der Zentrums-kandidat Fehrenbach hatte eine relative Mehrheit von 675 gegenüber der Sozialdemokratie und 716 gegenüber den Nationalliberalen; zur absoluten fehlten ihm nur 50. Für den sozialdemokratischen Kandidaten wurden 811 abgegeben (für den nationalliberalen nur 770).

Gar nicht abgestimmt haben 685.

4. Das Mandat für Bruchsal-Stadt. Der Zentrums-kandidat Wiedemann hatte eine relative Mehrheit von 268. Zur absoluten fehlten ihm nur 5. Für den sozialdemokratischen Kandidaten wurden 276 abgegeben.

Gar nicht abgestimmt haben 277.

In allen diesen 4 Bezirken wird gründlich gearbeitet; mit guter und sehr guter Aussicht auf siegreichen Erfolg.

Von den Bezirken, deren Eroberung teils als möglich, teils als wahrscheinlich betrachtet wurde, ist an erster Stelle Freiburg II zu erwähnen. Der Zentrums-kandidat Heister hatte eine relative Mehrheit von 423 und war um nur 221 Stimmen von der absoluten fern. Gar nicht abgestimmt haben 736.

In Baden-Baden hat der Zentrums-kandidat eine relative Mehrheit von 136, ist aber um 250 von der absoluten fern geblieben. Für den sozialdemokratischen Kandidaten wurden 633 abgegeben. Gar nicht abgestimmt haben 614.

In den Wahlbezirken, welche mit Hilfe des Zentrums den Konservativen zugefallen waren, ist die Situation stellenweise sehr günstig.

In Mosbach blieb Kandidat Wankbach am Bloß 15 Stimmen hinter der absoluten Mehrheit zurück. Nicht abgestimmt haben 1492.

In Bretten blieb er um 134 hinter der absoluten Mehrheit zurück. Nicht abgestimmt haben 1425.

In Durlach-Göllingen blieb er um 352 hinter der absoluten Mehrheit zurück. Gar nicht abgestimmt haben 1429.

Andererseits ist der konservative Kandidat in Adelsheim-Vogberg um nur 84 von der absoluten Mehrheit fernegeblieben, während 1280 Wähler nicht abgestimmt haben.

Im Bezirke Bad-Rittenheim haben 1087 sozialdemokratisch gewählt, von denen sicherlich viele nicht zu den Sozialdemokraten gehören. Andererseits haben 1476 gar nicht gewählt.

Solche Ziffern, die leicht ergänzt werden könnten, weisen mit größter Deutlichkeit darauf hin, was für den zweiten Wahlgang die Hauptsache ist:

An die Urne bringen, was sich dahin bringen läßt!

Zum sachlichen Gebrauch des Wahlrechtes zurückzuführen, was durch Verhütung zu einem unzulässigen Gebrauch sich hat verleiten lassen und bereit ist, im zweiten Wahlgang anders zu verfahren!

Keinem Sozialdemokraten eine Stimme!

Keinem liberalen Kandidaten eine Stimme!

Wo alle Aussicht benommen ist, strengste Wahlenthaltung!

Zwischen Liberalen und Sozialdemokraten kann nach Lage der Dinge kein Unterschied gemacht werden.

* Das war noch nicht da!

Man muß unbedingt Notiz nehmen von der Art und Weise, wie die nationalliberale Presse die Feststellung der „Karlsruher Zeitung“ behandelt, daß mit der Zitterung von Großherzog Friedrich I. keine Geschäfte für den Großherzog zu machen sind. Wir haben schon alles mögliche in der Politik erlebt, zum Beispiel daß die nationalliberalen Kirchenfeinde und Kulturkämpfer in Karlsruhe Flugblätter herausgaben, in welchen in heiliger Entrüstung gesagt war: Mitbürger, wähle keine Sozialdemokraten, denn die Sozialdemokratie ist der ärgste Feind unserer heiligen Religion (sic). Wir haben schon erlebt, daß die „Bad. Landeszeitung“, als Zentrums-wähler disziplinwidrig sozialdemokratische Wahlzettel ausgaben, schrieb, dadurch werde dem greisen Großherzog der Lebensabend verbittert und der Markgraf stark Friedrich drehe sich noch im Grabe darüber um. Wir haben schon erlebt, daß die Nationalliberalen in Karlsruhe die Sozialdemokratie für den größten Feind erklärten, um mit Zentrums-hilfe über dieselbe zu siegen, während sie zur selben Zeit in Freiburg das Zentrum für die größte Gefahr erklärten, um mit Hilfe der Sozialdemokraten über das Zen-

trum zu siegen. Aber das haben wir bisher nicht erlebt, was wir jetzt nach dem 25. Oktober 1909 erleben, daß die nationalliberale Presse den Namen des verstorbenen Großherzogs I. mißbraucht, um mit ihm ihre Wähler ins Meer hinüberzuführen, bezw. um ihre Wähler zur sozialdemokratischen Stimmabgabe zu veranlassen. Das war bis heute unerhört und konnte als unmöglich gelten.

Merkwürdig machte schon im Jahre 1905 der Abg. Dr. Obkircher, damals Landgerichtsrat in Freiburg, einen ähnlichen Versuch, indem er den Freiburger, mit Hilfe der Nationalliberalen errungenen Sieg der Sozialdemokraten, mit anderen Worten den Erfolg des Großherzogs in Freiburg als neues Band bezeichnete, das Freiburg mit dem Großherzog verbinde. Aber so offen, wie heute der Name dieses ehrwürdigen Fürsten für die Sozialdemokratie verwendet wird, ist es noch nicht geschehen. Daß dies geschieht, nachdem die „Karlsruher Zeitung“ diese Verhöhnung als geradezu frevelhaft bezeichnet hat, nachdem die „Bad. Landesztg.“ mit Recht eine scharfe Zurechtweisung für ihren Versuch erhalten hat, macht die Sache um so bemerkenswerter.

Die „Bad. Presse“, Nr. 499, ein Blatt, das sich bei Wahlen nicht charaktervoller, wohl aber widerwärtiger benimmt als zu anderen Zeiten, bringt als Antwort auf die Feststellung in der „Karlsruher Zeitung“ einen Artikel, der nur als plumper Versuch bezeichnet werden kann, Großherzog Friedrich I. als Fürsten hinzustellen, der mit der Sozialdemokratie liebäugelte. Sie schreibt:

„Was aber jedermann im ganzen badischen Lande bekannt ist, das ist die reine tiefe Freude, die den greisen Fürsten erfüllte, als er an seinem Regierungsjubiläum bei seiner Rundfahrt durch die Straßen von Karlsruhe auch in den sozialdemokratischen Arbeiterquartieren die Illumination nicht minder hell sah als in den Quartieren der Reichen und Armen. Wenn je, so hat der Wunsch an dieses Volk das Glück, auf seine Tugend können wir zählen, an diesem Tage tanzen Brüder geschlagen über alle parteipolitischen Gegensätze hinweg. Wenn im Volke der Gedanke sich festsetzt, daß, um dieses Vertrauensverhältnis rein und wirksam zu erhalten, kirchliche und reaktionäre volksfeindliche Einflüsse, ob in oder neben der Regierung ausgeübt werden müssen, so wird das Vertrauen der Liberalen und Sozialdemokraten, welches dies bewirken soll, umso mehr zu einer anerkennenswerten Tat und keine badische Regierung hat das Recht, die durch die Verfassung festgelegte Freiheit und Willensäußerung des Volkes in nur zu leicht verhängnisvoller Weise zu beeinflussen. Denn die Stimmabgabe soll sein, was das Volk will, nicht was die Regierung will. Den Abschluß des ersten Stichwahlabstimmens der Liberalen und der Sozialdemokraten im Jahre 1905 hatte damals allerdings Großherzog Friedrich sehr unliebsam empfunden. Als aber der Ausgang des Wahlkampfes zeigte, daß es mit dieser Politik dem Liberalismus gelungen war, die reaktionären Gegner niederzulegen, war Großherzog Friedrich I. großtätig genug, dies auch seinerseits anzuerkennen. Er tat es, indem er sagte: „So brauchen wir wenigstens dem Zentrum nicht entgegenkommen.“

Wir erinnern uns nicht, schon etwas Widerwärtigeres gelesen zu haben, als diese Auslassung eines Blattes, das im Romantizismus seine gebildeten Leser zur Wahl von Sozialdemokraten auffordert und darüber das Bild des Landesfürsten zeichnet, wie er sozialdemokratische Kundgebungen mit seiner tiefer Freude entgegennehme. Was soll man zu einer solchen vollstimmigen Feuilletonleistung sagen zu einer Zeit, wo die Sozialdemokratie — allerdings auch im Umde mit dem Liberalismus — an der Spitze der Verherrlichung, wie sie früher sich befriedigt über die „Dyranenmorde“ in Portugal und über die Verurteilung zu einem traurigen Attentat auf das spanische Königspaar angebrochen hat? Kennt die „Bad. Presse“ den Gegenstand von Palmfontana und Karfreitag mit seinem rauen Beschaf von „Hosanna“ und „Kreuziget ihn!“? Ja, ja, wenn Feuilletonisten Volksführer werden! Zugestanden soll übrigens sein, daß die „Bad. Presse“ etwas vermag über das Volk. Das hat man an Straßenaufständen anlässlich der Bau-Affäre bemerkt.

Auch die „Bad. Landesztg.“, Nr. 499, setzt sich aufs hohe Ross. Sie hat nachdrücklich bemerkt, daß es nicht ganz glücklich war, mit dem schönen Wort des verstorbenen Großherzogs über den nicht vorhandenen Gegensatz zwischen Fürstentum und Volksrecht die Wähler zur revolutionären Sozialdemokratie hinüber zu führen. Sie sucht über ihre Worte etwas anders anzulegen und schreibt in jenem Ton, „denn hohen Olymp herab“, der dem nationalliberalen Schwadronier von heute so gut ansteht:

„Es gehören Schenkungen von nicht unbedeutenden Dimensionen dazu, um diese Erinnerung in Verbindung zu bringen mit dem Erbschaftsabkommen, das die Sinne der Regierung, wie es scheint, hypnotisch auf sich gezogen hat und für alle andere Überlegungen keinen Raum mehr läßt. In dem Artikel „Das neue Baden“ wollte die „Badische Landeszeitung“ zum Ausdruck bringen, daß der Entschluß und Einverständnis der Bevölkerung zu einem großen, wenn nicht vielleicht zum größten Teil bevorzugen ist durch das bestimmte Gefühl, daß die Grundlage des Einverständnisses zwischen Fürst und Volk, wie es in der langen gelegenen Regierungszeit Großherzogs Friedrich I. bestand, in Gefahr steht verfallen zu werden, nicht vonseiten des Fürsten (?!), nicht vonseiten des Volkes, aber vonseiten illegitimer Einflüsse, die sich zwischen Fürst und Volk zu schieben trachten. Die lokale und fremdonarchische, aber freigelegte Bevölkerung des Landes hält es für tief bedauerlich und dem Wohl des Staates nicht förderlich, daß in der Umgebung des Landesherren Einflüsse sich geltend zu machen versuchen, die von anderen Parteien sind als die Bestimmung der Bevölkerung. Denn es ist unabweislich, daß die Krone infolge dessen nicht ganz zureichend unterrichtet wird über das, was das badische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit fühlt und denkt. Das war bisher ein mehr unbestimmtes Gefühl, es ist zur Gewissheit geworden durch jenen ersten Artikel der „Karlsruher Zeitung“, der von diesem Gesichtspunkt aus denkwürdig war. Jene Kundgebung hat klar gezeigt, daß selbst die verantwortlichen Männer über die Anschauung des Volkes nicht recht unterrichtet sind. Sie hat sogar die Verächtlichkeit hervorgerufen, daß der eine oder andere dieser Männer nicht immer die rechten Worte findet, um der Krone offen und freiwillig zu sagen, was gesagt werden muß. Das war doppelt und dreifach deren Pflicht, wenn sie wüßten, daß in der Umgebung der Krone Leute Gestalt haben, die nicht imstande oder vielleicht nicht Willens waren, einen Landesherren klar sehen zu lassen.“

Diese Leistung, die feige und zugleich frech auftritt, zugleich vor dem Fürsten kaltenblütig und protestiert, dunkle Andeutungen macht und zugleich offene Anklagen erhebt, wie es der Intrigant eines Schauspielers Dramas nicht besser machen könnte, kennzeichnet den badischen Nationalliberalismus. Was sollen also die Ratgeber dem Fürsten sagen? Sollen sie ihm sagen, daß der Nationalliberalismus heute so schwach ist,

daß er es mit Mühe und Not und fremder Hilfe heute noch auf vier Mandate gebracht hat? Wenn sie das tun, sagen sie ihm die Wahrheit! Oder sollen sie ihm sagen, daß die Sozialdemokratie es heute auf zehn Mandate gebracht hat und es mit Hilfe der Nationalliberalen noch vielleicht auf weitere 10 bringen wird? Dann jaget sie ihm die Wahrheit! Sollen sie ihm dann nahelegen, seine Regierung sei folgerichtig — nach den Obkircher'schen Rezepten — in sozialdemokratischem Sinn zu führen? Obkircher will ja, daß die Regierung eine politische Richtung habe: Zentrumsrichtung darf sie nicht haben, nationalliberale kann sie angeht die Schwäche des Nationalliberalismus nicht haben: also sozialdemokratische? Oder nicht?

Soweit kommt man mit nationalliberalen Rezepten! Glaubt man denn im nationalliberalen Lager, daß das badische Volk hier mitmacht? Legt man so das Wahleresultat aus?

So erweist sich heute klarer als je der Nationalliberalismus als gemeiner Schädling im Staatsleben. Um Mandate zu gewinnen, ist ihm alles feil. Da schert er sich auch nicht, den Namen eines Fürsten in ärgster Weise zu mißbrauchen.

Wirdig erweist sich all dieser Dinge die „Frankfurter Zeitung“, welche die nicht gute Gestaltung des alten Großherzogs gegen den Großherzog auf das — hohe Alter des Großherzogs zurückführt. Nun ja, die „Frankf. Ztg.“ ist das Hauptblatt der deutschen jüdischen Demokratie! Daß aber auch in Nr. 500 die „Bad. Landeszeitung“ von „menschlich zarter Rücksicht“ auf das hohe Alter spricht, paßt zum Ganzen.

Deutschland.

Berlin, 28. Oktober 1909.

* **Nochmals zum Geringeren Kirchhof.** Der „Allgemeinen Volkszeitung“ wird zu dem Fall in Geringen aus Vorbringen eine objektive Darstellung gegeben, welche beweist, wie sehr man in blindem Vorurteil wieder einmal nach verschiedenen Seiten hin Iurecht gelam hat. Das müßte auch von den liberalen Blättern zugegeben werden, wenn es ihnen überhaupt um die Wahrheit und nicht um die Hege zu tun wäre. Bischof Venzler und die Kirchenbehörde stellen dem Vorurteil völlig fern. Das muß auch gegenüber Katholiken betont werden, die allzuleicht geneigt sind, hier der liberalen Presse Gehör zu schenken, die hinter allem den Bischof sucht.

Laut Artikel 15 des Präambelartikels vom Revolutionsjahr XII mußten in allen gemischten Gemeinden für jedes religiöse Bekenntnis gleichberechtigte Friedhöfe eingerichtet werden, oder doch besondere Abteilungen auf demselben Friedhof. In Volbringen gab es jedoch vor dem deutsch-französischen Krieg nur sehr wenige Protestanten, jedoch der Fall kaum praktisch wurde. Erst nach dem Krieg wurde die Sache anders, da wohl mit Absicht vielfach protestantische Beamtene nach Volbringen geschickt wurden. Im Jahre 1877 wurde nun vom Oberpräsidenten das Präambelgesetz bezüglich der Behandlung der Friedhöfe in einer der bisherigen Preisen widersprechenden Weise derart ausgedeutet, daß die obligatorische Trennung auf jene Ortlichkeiten beschränkt wurde, in denen es eine protestantische Gemeinde mit Gottesdienst gibt.

Trotzdem wurde die Verfügung nicht durchgeführt. Die Gemeinderäte waren bei Anlage neuer Kirchhöfe darauf bedacht, eine besondere Abteilung für Protestanten anzulegen, und zwar wurde meistens der beste Teil des Kirchhofs dazu verwendet, damit nicht etwa Anlaß zu Klagen würde. Die protestantische Bevölkerung war mit dieser Regelung einverstanden. Aber sie hatte ohne die Tätigkeit ihrer Pastoren geredet, die bei jedem Begräbnisfall auf neue die Bestattung inmitten der Katholiken verlangten. Ja, die Konfessionen gehen so weit, daß sie sogar bei Neuanlagen in Orten, wo es eine protestantische Pfarre gibt, die Trennung zu verhindern suchen.

Die Gemeinde Farnet, deren Fall noch in aller Erinnerung ist, brachte die Frage nach der Gültigkeit des Oberpräsidialerlasses vor den Kaiserlichen Rat, der ihn als zu Recht bestehend erklärte. Trotzdem sind auch weiterhin wieder konfessionelle Trennungen durchgeführt worden. Hier erlaubt es die Aufsichtsbehörde, dort nicht. Aus welchen Gründen, entzieht sich unserer Kenntnis. Nächstlich kann sie sich darauf berufen, daß die Trennung in Orten mit protestantischem Gottesdienst vorgeschrieben, daß sie aber für die anderen Orte nicht verboten ist.

Diese willkürliche Behandlung hat in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung Volbringen eine tiefe Wut hervorgerufen. In einer solchen befindet sich auch die Gemeinde Geringen. Bei Neuanlage des Friedhofs hatte der Gemeinderat die konfessionelle Trennung beschlossen, aber sie wurde von der Aufsichtsbehörde abgelehnt. Infolgedessen unterließ, den katholischen Bestimmungen gemäß, die Einsegnung des nunmehr gemischten Kirchhofs; es sollte jedes katholische Grab einzeln gesegnet werden. Vom kirchlichen Standpunkt stand somit der Verstoß eines Protestanten in der Reihe der anderen Gräber nicht entgegen. Die Geistlichkeit und die bischöfliche Behörde sind denn auch aus der ganzen Sache auszuhalten. Es hat einfach der Gemeinderat, empört über das Willkürregiment der Regierung, mit Nichtertrag droht, falls die Verordnung in der Weise stattfinden sollte. Vor diesem Schritt ist die Behörde zurückgewichen.

Wie schon früher bemerkt, war die Familie des Verstorbenen mit dem Grabe auf einer besonderen Abteilung, deren Wahl man ihr überlassen hatte, durchaus einverstanden. Aber andere Einflüsse haben sich bei ihr geltend gemacht. Derselbe Fall ist vor einigen Jahren in der Nähe von Weß vor gekommen. Auf dem Kirchhof bestand eine protestantische Abteilung und die Hinterbliebenen hatten sich für die Beerdigung auf diesem Teile ausgesprochen, als der protestantische Pfarrer erschien und eine Begräbnisstelle in der Reihe verlangte. Damals war heute erfolgte die Lösung in der Weise, daß die Leiche nach einem anderen Kirchhof gebracht wurde.

Der Verband der deutschen Juden hielt am 17. Oktober in Breslau seine Hauptversammlung ab. Zu den Verhandlungen erschienen auch der höchste Staatsbeamte der Provinz, der Oberpräsident und frühere preussische Kultusminister Graf Redlich. Der Rabbiner Dr. Guttmann hielt dabei einen Vortrag über die Idee der Vermählung im Judentum. Nach der „Frankf. Zeitung“ Nr. 290, 3. Morgenblatt, sagte Dr. Guttmann:

„Das Judentum kennt keine Gebundenheit des Willens, wie sie sich aus der Lehre von der Erbsünde er-

gibt. Wir sind frei und können uns auch, wenn wir gesündigt haben, durch unsere eigene Kraft wieder zu ewiger Vollkommenheit emporklimmen. Jeder Mensch muß und kann nach der Lehre des Judentums sein eigener Erlöser sein; wir bedürfen keines Mittlers. Nicht der Messias erlöst die Menschheit von der Sünde, sondern wenn die Menschheit durch ihr eigenes Ringen von der Sünde sich befreit hat und zu sittlicher Vollkommenheit herangereift ist, dann ist der Messias für sie gekommen.“

Diese Ausführungen riefen den protestantischen Oberpräsidenten auf den Plan, der mutig genug war, in seiner Begrüßungsrede die antichristliche Hege zurückzuweisen, die der Redner getrieben hatte. Der Oberpräsident jagte nach derselben publizistischen Vertreterin des liberalen Judentums, der „Frankf. Zeitung“:

„Er müsse im Hinblick auf den eben geäußerten Vortrag bekennen, daß er sowohl auf dem Boden des Alten wie des Neuen Testaments als überzeugter Christ stehe. Er würde es als eine Freigeisterei betrachten, gegenüber den zum Teil stark polemischen Wendungen des Vortrags mit diesem Bekenntnis zurückzuhalten; er sei aber auch ein Feind aller konfessionellen Verhetzung und Nichtachtung Andersdenkender; dies und dabei seinen christlichen Standpunkt zu behaupten, fühle er sich verpflichtet; er wünsche den Verhandlungen des Tages den besten Verlauf.“

Alle Achtung vor diesem Oberpräsidenten. Er ist ein Mann!

Ausland.

Schweiz.

Zürich. Man schreibt uns: Als der Präsident des katholischen Volksvereins der Schweiz, Dr. Pestalozzi, welcher auch für eine christlich-soziale Protestversammlung in Zürich zum Präsidenten erwählt wurde, im Anfang seiner Rede konstatierte, daß man in sozialistischen und anderen Blättern wegen Ferrer direkt und indirekt zum Morde des spanischen Staatsoberhauptes aufforderte, erheben sich ein laufender Beifall unter den anwesenden Sozialisten und man begann, Revolutionslieder zu singen. Also Tausende von Stimmen spenden öffentlich der Aufforderung zum Königsmorde Beifall! Derselben Sozialisten sind vor einigen Monaten mit der christlich-sozialen Partei bei Wahlen Hand in Hand gegangen und arbeiteten gemeinsam an der Einführung der Proportionswahlen — und jetzt schon verüben sie die unerhörtesten Gewalttaten. Mögen die bürgerlichen Parteien in Baden daran ein Beispiel nehmen, was unfehlbar auch im Badischen und in deutschen Reich, wenn nicht Einhalt geboten wird, kommen wird: Aufforderung zum Mord, und wenn die Sozialisten einmal die Macht haben, zum Sturz des Thrones. Die Nationalliberalen, die im Badischen, nach dem Ferrer-Mord und der Aufforderung zum Königsmord von Seite der sozialistischen Partei, mit dieser noch ein Bündnis eingehen und ihr zur Macht verhelfen, begehen Verrat an Ehren und Altar und am christlichen Volke; sie läsen Bind und werden einen fürchterlichen Sturm ernten. Das Wort: Lieber Sozialisten als Zentrumsmitglieder, wird sich bald jährelang rufen. Jetzt freilich behaupten die Sozialisten noch Mäßigkeit, um mit Hilfe der bürgerlichen Parteien zur Macht zu gelangen; später geht es aber wie in Zürich und in Spanien.

Abwechslung im Ferrer-Dandel. Das Nationalkomitee des St. Gallischen Katholikenvereins hat eine Eingabe an den leitenden Ausschuss des Schweizer kath. Volksvereins gerichtet mit dem Antrage, daß in Form einer Kundgebung der zentralen Organisation der schweizerischen Katholiken eine Abwechslung der Ferrer-Debatte im Sinne der Aufrechterhaltung des konfessionellen Friedens in ihrem Vaterlande. Daraufhin hat der Ausschuss des Schweizer kath. Volksvereins zustimmend Kenntnis genommen und beschlossen: Es sei am Donnerstag den 4. November, das Nationalkomitee des Volksvereins zur Beratung des weiteren Vorgehens nach Luzern (Hotel Union) einzuladen. Im katholischen Schweizervolk herrscht tiefe Empörung über die unqualifizierbaren Äußerungen der neuesten Zeit. — Von dem Blau eines Attentats auf den Papst, in der Annahme, er reise durch die Schweiz, wissen die Katholiken in der Schweiz nichts, zu wem, auch wir hatten von der Meldung Kenntnis bekommen: Man hätte, so hieß es, dem Damm längs des Zugersees durch Hinabstürzen von Felsblöcken und Baumstämmen zur Entgehung zu bringen. In Zürich seien deswegen einige Kuffen verhaftet worden. Laut Erkundigungen an kompetenter Stelle ist an der ganzen Geschichte kein wahres Wort.

Spanien.

Ein liberaler Minister Spaniens über die Hinrichtung Ferrer's. Der bisherige spanische Vorkämpfer beim Durral in Rom wurde anlässlich der Ernennung des spanischen Kabinetts zum Minister des Auswärtigen ernannt. Der neue Minister Ferrer Caballero gehört, wie das ganze Kabinett, zu den Liberalen; er war auch früher schon Minister in einem liberalen Kabinett. Der liberale „Corriere della Sera“ hat sich mit an diesen liberalen Minister gewendet, um von ihm zu erfahren, ob die Hinrichtung Ferrer's mit ein Grund war für den Rücktritt des konservativen Ministeriums Maura. Wie wir der „Ausg. Post.“ entnehmen, stellte der Vorkämpfer des „Corriere“ an den liberalen Minister folgende verhängliche Anfrage:

„Wäre es ein Verstum, anzunehmen, daß das Heft des Kriegsministers gegen Ferrer und der Protest von Europa gegen dasselbe die Ursache der Krise sind, die Maura stürzte?“

Der liberale Minister sagte kurz und bündig: „Es wäre ein Verstum. Man würde dann überdies und sehr wesentliche Tatsachen einfach hinweggehen, über den Ton und den Inhalt der Reden in den Cortes und über die Lage in unserem Lande selbst. Ich habe bereits gesagt, was ich über das Urteil gegen Ferrer denke. Was ich wiederholen muß, ist das: das Gesetz ist beobachtet worden, und Ferrer wurde nicht wegen seiner Ideen, sondern wegen seiner Veteiligung an den Unruhen in Barcelona verurteilt. Man darf nicht zumutmen, daß nach der Beobachtung des Gesetzes, das die Todesstrafe brachte, die also in aller Öffentlichkeit ausgesprochen wurde, ein Gnadenakt hätte eintreten können. Wenn die irige Annahme, daß das Ministerium Maura wegen des Urteils gegen

Ferrer gestirbt worden sei, richtig wäre, könnte es in Spanien nicht möglich gewesen sein, daß der jetzige Ministerpräsident Moret über die Ferrerfrage in den Cortes sich gänzlich ausschwiege. Da das ganze Land, sogar die revolutionären Parteien, die Verurteilung Ferrers, die in Europa als ein juristisches Verbrechen gilt, ohne die geringste Aufregung und ohne die geringste Aufregung und ohne die geringste Aufregung und ohne die geringste Aufregung...

Der liberale Minister führte dann noch weiter aus, daß der Rücktritt Maura und der Regierungsbeginn der Liberalen auch ohne Ferrer hätte kommen müssen. Seit Moret in Saragossa gesprochen und eine liberale Politik in Spanien verlangt hat, sei der liberale Minister bestrebt gewesen, wieder an die Regierung zu kommen. Der Minister sagt also mit seinen Worten, daß die Liberalen die Situation und die Ferrerfrage, die sie selbst nicht billigten, ausgenützt haben, um wieder einmal ans Ruder zu kommen. Es war ein alter Schachzug, die in ihrem Vordringen wieder einmal bei den Liberalen anlangte. Das Ferrer-Geschehen, das weiß man jetzt aus authentischer Quelle, hat Maura nicht vertrieben, sondern der Nachfolger der Liberalen.

Die Aufklärung im Ferrer-Prozess ist nun in 1000 Exemplaren in Broschürenform erschienen mit der Ueberschrift: „Definitiver Prozess vor den Militärgerichten in Barcelona gegen Francisco Ferrer“. Sie enthält die Rede des Generalanwalts vor dem Kriegsgericht; den Bericht des Gerichtsschreibers über die Gerichtsverhandlung; das Urteil samt Begründung und das Dekret des Generalanwalts von Katalonien, der das einstimmig gefällte Urteil bestätigte; ferner das Verzeichnis der Bestimmungen der Militärverordnungen und des Militärgesetzes, ferner die Bestimmungen, welche die den Angeklagten vor den Militärgerichten zugewiesenen Rechtsgarantien enthalten. Es wird endlich möglich sein, aufgrund amtlicher Mitteilungen ein selbständiges Urteil sich bilden zu können. Am Sonntag fanden in den spanischen Nordprovinzen und in Navarra die Wahlen zu den Provinzialräten statt. Die Katholiken aller Schattierungen gingen zusammen. Ihre vereinigten Kräfte siegen mit gewaltiger Mehrheit. Die liberalen Blockleute, Republikaner, Radikale und Sozialisten wurden in zehn Orten geschlagen, jedoch sie überhaupt keine Provinzialräte mehr bestanden. Die katholische Blockbildung hat sich ausgebreitet bewährt und verpricht die schönsten Resultate auch bei den Neuwahlen.

Asien. Ueber den Mörder des japanischen Fürsten Ito ist noch keine bestimmte Nachricht nach Europa gelangt, und doch kann man mit ziemlicher Gewißheit auslegen, daß hier ein politischer Mord vorliegt. Der ermordete Fürst war die Seele der japanischen Groberoberungspolitik in Korea, er, d. h. der Japaner, führten vor seinen Vorkämpfern zurück, um Korea ganz und gar zu einer japanischen Provinz zu machen. Das nunmehr erfolgte Attentat zeigt, wie groß die Gegenkräfte drinnen sind. Die russische Presse hat über die Vorgänge im fernem Osten verschiedentlich unrichtig berichtet, und ein sonst dankenswerthes und deutschfreundliches Blatt meinte sogar, die Lage dort sei so bedenklich, daß Russland sich an Deutschland anschließen sollte, um wenigstens den moralischen Vorteil zu genießen, den ein freundschaftliches Verhältnis mit einer so bedeutenden Kriegsmacht auf jeden Fall bietet. Die Folgen dieses Verhältnisses sind vorläufig nicht abzusehen. Das Attentat wird nun auch die Augen deutscher Beobachter nach dem fernem Osten zu erhöhter Aufmerksamkeit lenken.

Wie verlautet, soll baldmöglichst ein neuer japanischer Wüstenzentrar ernannt werden, um mit dem russischen Finanzminister Kowowow zu verhandeln. Die Sendung Ito's in der Mandchurie zur Begrenzung mit dem russischen Finanzminister Kowowow galt formell der Regelung von Eisenbahnfragen. Die Amerikaner argwöhnen jedoch, daß der eigentliche Zweck ein engerer Anschluß der Mandchurie an Japan sein sollte, der den Grundzug der offenen Tür einfüllig zu machen geeignet wäre. Ein tragisches Geschick hat es gesehen, daß der Fürst von einem Volksgenossen des Landes erschossen worden ist, dessen Befehl er jahrelang angestrebt hat. Der Tod Ito's, der diesen in dem Augenblick getroffen hat, wo er den russischen Finanzminister auf dem Bahnhofscharakter begrüßen wollte, bedeutet, zumal in dem jetzigen Augenblick neuer Verhandlungen mit China und England, für Japan einen unerfüllbaren Verlust.

Die Nachricht von der Ermordung des Fürsten Ito hat den japanischen Kaiser, wird aus Tokio gemeldet, aufs tiefste erschüttert. Ein Kriegsgesandter habe den Befehl zur Abfahrt nach Dalmatien erhalten, um die Leiche des Fürsten nach Potsdam zu bringen. Viele japanische Blätter und einige auswärtige verurteilen das Verbrechen auf das Schärfste. An der Ermordung sollen fünf storeaner beteiligt gewesen sein.

Baden. Karlsruhe, 28. Oktober 1909. Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädig bemöhen gefunden, dem Kommandanten Karl Julius Johann Schreiber in Mannheim die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen. Mit Entschiedenheit Großh. Generaldirektion der Staatsbahnen wurde Betriebsassistent Emil Schreiber in Hauslach nach Donaueschingen verlegt.

Lehrer und Liberalismus. Ein Lehrer schreibt uns: Die Großblockleute haben's fertig gebracht! Wie lange haben die badischen Lehrer einen der ihren im Landtag haben wollen! Das Zentrum verhalf ihnen dazu, indem es schon auf dem vorletzten Landtag in Schwetzingen Frig und auf dem letzten wiederum in Bruchsal wählte! Die Sozialdemokraten sind es, die jetzt Herrn Frig verdrängen. Nun hatte es der Großblock diesmal in der Hand, zwei Lehrer, die es zur Stichwahl gebracht hätten, in den Landtag zu schicken: Fink in Bruchsal-Durlach und Geratwohl in Hirschland; aber keiner hat Gnade gefunden vor den sonst immer so großsprecherischen „Schul- und Lehrerfreunden“, wie

sie im Großblock den Ton angeben. Ja, Theorie und Praxis! Die zwei Lehrer müssen die Opferlamm abgeben und haben in der Versenkung zu verschwinden. Der „Klub der Akademiker“, wie er in der demokratisch-freimüthigen Landtagsfraktion zusammenkommt, hat sich von Lehrern und mittleren Beamten rein erhalten. Und doch hätten gerade diese beiden Beamtencategorien eine Vertretung so nötig gehabt! Siehe Gehaltsliste mit dem die „Mittleren“ und „Unteren“ unzufrieden sind! Und für die Lehrer soll der nächste Landtag ein neues Elementarunterrichtsgesetz beraten. Wie gut wären da zwei wirkliche Sachverständige, die Lehrer, gewesen! Aber für solche Erwägungen haben die Blöcker keinerlei Verständnis. Sie mögen die Lehrer auch nicht. Einflußlose Leute hat Direktor gesagt. Können wir, daß es wiederum das Zentrum ist, das Herrn Wiedemann, einem der „Einflußlosen“, im künftigen Landtag zu Sitz und Stimme verhilft wird. Den Blockleuten fehlt dazu der gute Wille.

Postbeamtenverbände und Politik. Aus Postbeamtenkreisen schreibt man uns: Noch ein Sonderbund, so jammert das Organ des Post- und Telegraphenassistentenverbandes in seiner letzten Nummer! Die deutsche Beamtenschaft in Leipzig fordert nämlich die Ober-Postassistenten auf, zur Vertretung ihrer Standesinteressen einen besonderen Bund zu bilden, weil das bisherige Organ, die „Deutsche Postzeitung“, nicht energisch genug vorgehe und die Ober-Postassistenten vernachlässige. Bekanntlich hat sich auch eine Postverwalter-Vereinigung gebildet, deren Mitglieder auch dem Verbandsden Rücken gefehlt haben; ein Bund der Sekretäre hat sich ebenfalls neugegründet. So wären also in einem Zeitraum von zwei Jahren drei Sondergruppen entstanden. Inzwischen hat nun noch der Herr Redakteur der „Deutschen Postzeitung“ durch das Verbandsorgan Politik in die Reihen der Postmänner hineingetragen, durch die da und dort mit Recht das Vertrauen zur Führung geschwächt wurde. Zu allem Ueberflus reißt ein Vorstandsmitglied des Verbandes, Herr Gisinger-Waden-Baden, umher, um gegen das Zentrum in öffentlichen Wahlversammlungen nach bekannter, einseitiger Art über das Verhalten des Zentrums in der Beförderungsreform loszugehen und so die Postbeamten gegen diese Partei aufzuheizen. Wenn Gisinger-Waden-Baden, das ist seine Privatsache; aber als Vorstandsmitglied des Verbandes sollte er klüger handeln und die Postbeamten, die mit dem badischen Landtag verhandelt wenig zu tun haben, in ihrer Beförderungsfreiheit nicht zu stören versuchen. Barum soll denn die Beförderungsfreiheit mit der badischen Landespolitik in Zusammenhang gebracht werden? Politische Geschäfte zu machen, natürlich weiter gar nichts. Nach all der Sonderbünderei möchte ich aber doch den maßgebenden Herren im Verbandsausschuss, diese politische Agitation und Hege gegen das Zentrum einzustellen und ihr Hauptanliegen dem Verbandsausschuss zu widmen. Dies wäre wohl viel wichtiger für die Geschichte des Verbandes, zumal in einer Zeit, wo verschiedene Abbröckelungsverläufe so tatkraftig vordringen. Oder soll zu diesen Sonderbündelerei noch die politische Vergiftung im Verbandsorgan greifen? — Dann allerdings Abzie „Standesinteressen“ und Abzie Verband der deutschen Post- und Telegraphenassistenten. Denn daß viele Zentrumsmitglieder vielleicht von einigen ewangelischen Wünlern oder sonstigen Frei- und Nichtdenkern uns wie eine Schatztruhe politisch leiten und treiben lassen, wird uns wohl niemand zumuten. Ja, es gärt viel mehr oder, als manche glauben wollen. Jede Ausrede wäre unzulässig.

Ein treuer Verbündeter im Namen Mehrerer. Vorst. im Verband der bad. Eisenbahnbeamten und Arbeiter betr. schreibt uns Herr W. Müller, 2. Vorstehender: Auf die Notiz in Ihrem geschätzten Blatte Nr. 244, Herr Trautmann habe kein Amt als 1. Vorstehender des Verbandes badischer Eisenbahnbeamten- und Arbeitervereine niedergelegt, teile ich Ihnen ergebenst mit, daß von einer Amtsniederlegung des Herrn Trautmann der Verbandsleitung obigen Verbandes nichts bekannt ist.

Die Erstgeburt des Wechselbals. Man schreibt uns: Propheatisch vorausgesehen hat eine Reimendronik aus dem Jahre 1848 die kommende Zeit des Großblocks, wenn sie den folgenden Vers bringt, der mit Umänderung des Wortes demokratisch in sozialdemokratisch die Situation treffend charakterisiert und sich vielleicht auch in Ihrem geschätzten Blatt verwerthen läßt. Der Reim lautet: Da wird als eine verschämte Braut Der Finken die Rechte angekraut, Und beide zusammen zeugen sie, Die sozialdemokratische „Monarchie“.

Stichwahl. — Karlsruhe, 27. Okt. Als Stichwahltermin wurde im ganzen Lande der 30. Oktober bestimmt. Auch in Pforzheim wird an diesem Tage gewählt. — Pforzheim, 27. Okt. Der Vorstand der national-liberalen Partei hat beschlossen, das von der Parteileitung in Karlsruhe mit den andern Parteien getroffene Wahlabkommen zu respektieren, die Kandidatur Wittum zurückzugeben und diejenige des Herrn A. Odenwald zu unterstützen. Herr Albert Wittum ist mit diesem Vorgehen durchaus einverstanden. Bedingung ist, daß die Freimüthigen in Hirschland eine wohlwollende Neutralität beobachten.

Offenburg, 27. Okt. Nach dem „Ortenauer Boten“ ist gegen die Wahl Goppers (Zentr.) im 32. Bezirk ein Protest beabsichtigt, da in verschiedenen Orten keine Protesten in den Wahllokalen vorgehanden gewesen seien. Arbeiterzeitung. Hd. Halle a. d. S., 27. Okt. Sicherem Vernehmen nach wird beabsichtigt, in das Mansfelder Streikrevier ein stärkeres Gendarmerie-Aufgebot zu legen, so daß mit der Zurückführung der Truppen in vier bis fünf Tagen gerechnet werden kann.

Hd. Göttingen, 27. Okt. Heute sind 40 Gendarmen zur Verstärkung hier eingetroffen. Zur Bewachung der Truppen im Streikgebiet traf heute vormittag hier der kommandierende General des 4. Armeekorps ein.

Hd. Göttingen, 27. Okt. Im Streikgebiet ist alles ruhig. Es hat den Anschein, als ob der Ausstand langsam abflaut. Auf dem Schacht „Freies Leben“ ist heute eine ganze Anzahl Mannschaften mehr angefahren. Die Grubenbeamten werden von der Direktion mit der Beweifung versehen, daß Leute, die mehr als drei Tage gefeiert haben, nicht wieder angenommen werden dürfen.

Hd. Göttingen, 28. Okt. Wie verlautet, will die Direktion der Mansfelder Gewerkschaft den Streikenden insofern ein Entgegenkommen zeigen, als sie morgen die Frist für die Wiederannahme der Arbeit bis zum 7. November verlängern will.

Hd. München, 27. Okt. In der heutigen Kammerung wurde die Debatte über die Münchener Streikunruhen noch lundenlang fortgesetzt, wobei es zu scharfen Auseinandersetzungen über den Terrorismus der christlichen und der freien Gewerkschaften kam. Von allen Seiten wurde das Streikrecht und das Streikverbot anerkannt, desto energischer aber gegen die maßlosen Ausschreitungen Stellung genommen. Die Regierung selbst erklärte wiederholt, allgemeine Vorschriften über das Verhalten der Behörden bei Lohnkämpfen nicht erteilen zu können.

Kleine badische Chronik.

Karlsruhe, 27. Okt. Nach ordnungsmäßig bestandener zweiter Staatsprüfung sind die Geometerkandidaten: Hermann Aler von Karlsruhe, Wilhelm Ammann von Bretten, Karl Hildinger von Hirschhofen, Wilhelm Hubin von Badlingen, Karl Schläger von Hirschhofen, Otto Schumacher von Lahr, Christoph Stolz von Teutschneuren und Emil Wagner von Gvingen als öffentlich bestellte Geometer aufgenommen worden.

Vom Baulande, 27. Okt. Gelegenheit der Jagdverpachtung in Kilsbanten kam es der „Bad. Presse“ zufolge zu einem blutigen Melotze. Der Kunschwälder Georg Ziegler von Verbach brachte dem Gemeinderat und Gemeindevorstand Arnold von Kilsbanten eine schwere Schühverletzung am linken Oberarm bei.

Schwarzthalen, 27. Okt. (Eine Gemeinde, die sich auflöst.) Da unter letzterem Bürgermeister Meier infolge Wegzugs am 1. November seinen Dienst niederlegte, hat der Gemeinderat in Erwägung gezogen, ob nicht die ganze Gemeinde aufgelöst werden soll. Die ganze Gemeinde, mit Ausnahme der früheren Hofschloß, ist Eigentum des Großh. Domänenrars. Die Zahl der Bürger beträgt nach Wegzug des Bürgermeisters noch zwei, welche letztere bereits über 70 Jahre alt sind. Der übrigen Stimmberechtigten sind es noch vier. Aus dieser kleinen Zahl ist eine selbständige Gemeindeverwaltung nicht mehr möglich, zumal jeder erklärte, die Wahl zum Bürgermeister nicht anzunehmen, da sie als Pächter kein Interesse an dem weiteren Bestehen der Gemeinde habe, indem das ganze Vermögen bzw. der Nutzen des Gemeindegutes dem Großh. Domänenrars zugute kommt. Es wurde deshalb beschlossen, das Großh. Bezirksamt zu ersuchen, von der Wahl eines Bürgermeisters Umgang zu nehmen, die Gemeindeverwaltung einzuwickeln dem dienstlichen Gemeinderat zu übertragen und die Verhandlung über Auflösung der Gemeinde in die Wege zu leiten.

Waldbird, 27. Okt. In Waldbird erlösch sich der Zigarettenhändler August Müller von Denzingen. — Freiburg, 27. Oktober. Da der Betriebsassistent Aebel, ein etwa 50jähriger Mann, nicht vom Urlaub zurückkehrte, unterzog man die ihm anvertraute Kasse einer Revision. Diese ergab einen Selbstbetrug von 8000 Mark. Man vermutet, er sei mit einer Witwe aus Berlin nach Amerika geflüchtet. Aebel ist verheiratet.

Freiburg, 27. Okt. Von den ausgebrochenen Häftlingen sollte sich der eine, der 21jährige Schlosser Otto Rehmer von Weibenzug, wegen eines am 12. September verübten Einbruches in einen Uhrenladen im Dorfjüngling geteilt vor der Strafkammer verantworten. Sein damaliger Komplize, der 31 Jahre alte Steinmetz Karl Watt von Lahr, erhielt 2 Jahre 1 Monat Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Reberlingen, 27. Okt. (Ein braver Mann.) Der Landwirt Brenzle ist an Ungezogenheit gestorben, die er sich bei der Lebenserrettung eines in den Schilfengraben gefallen Kindes zuzog.

Lokales. Karlsruhe, 28. Oktober 1909. Kirchenmusikalisches. Zur besonderen Feier des Festes der heiligen Cecilia wird der Kirchenchor des Ceciliavereins St. Stefan am Sonntag, den 14. November d. J., abends 8 Uhr, in der St. Stefanikirche ein Kirchenmusikalisches Aufführung veranstalten. Es kann jetzt schon mitgeteilt werden, daß ein ausgezeichnetes Programm zusammengestellt ist. Ein Teil wird in der Aufführung einer vollständigen, hier noch nicht gehörten Messe mit Orchesterbegleitung bestehen, während im anderen Chore leicht verständlicher Kompositionen enthalten sind, so daß verschiedene Richtungen katholischer Kirchenmusik zur Geltung kommen. Aufser den positiven Mitgliedern werden alle Freunde der musica sacra eingeladen. — Das Nähere wolle aus den demnächst erscheinenden Anzeigen erfahren werden.

Uegen die Schundliteratur! Der Arbeiterbildungsverein hatte auf den 25. Oktober zu einem Vortrag über „Lesen und Bildung“ eingeladen und als Referenten den im Kampf gegen die Schundliteratur besonders tätigen Professor Dr. Brunnner eingeladen, der sich eines guten Erfolgs erfreute, behandelte in seinem ersten Teil die hohe Bedeutung guter Lektüre für die Volksbildung und beschäftigte sich im zweiten Teil eingehend mit dem Kampf gegen die verderbliche Schundliteratur. Der Redner eröffnete hierauf tiefe Einblicke in das Wesen dieses schauerlichen Leseoffens, für den das deutsche Volk, namentlich in den wirtschaftlich schwachen Kreisen, jährlich 50 Millionen Mark ausgibt. Großen Eindruck machte die Anführung besonders charakteristischer Titel und einige Inhaltsangaben von Detektiv- und Mäuzergeschichten, die sich in der Verbreitung des Verbrechens, in der Darstellung perverser Gedanken geradezu überbieten. Ihre Wirkung ist daher auch eine furchtbare. Sie sind geeignet, die ganze Erziehungswelt von Haus und Schule zu vernichten und diejenigen, die sich dem Ranne ganz unbedenklicher Lektüre nicht entziehen können, für ihr ganzes Leben seelisch und geistig zu schädigen, nicht selten auch sie dem Verbrechen, dem Selbstmord oder dem Wahnsinn zuzuführen. In scharfen, aber durchaus berechtigten Worten wandte sich der Referent gegen den hier in Karlsruhe leider noch besonders schwindehaften Handel mit Schundliteratur, namentlich gegen die Buchhandlung von Gubdat gegenüber dem Hauptbahnhof, die er mit ihrer Auslage und ihrem Geschäftsbetrieb als eine Schmach für unsere Stadt brandmarkt. Sodann verbreitete er sich noch über die verschiedenen Mittel zur Bekämpfung des Schundes, unter denen er, neben der anzuführenden geschlichen Hilfe der Tätigkeit der Schule und des Elternhauses, nachdrücklich die Verbreitung guter Lektüre hervorhob. In einem eindringlichen Appell an das Verantwortungsbewußtsein der jetzigen Generation gegenüber den künftigen schloß Professor Dr. Brunnner seinen Vortrag, der nämlich einen tiefen Eindruck auf die Zuhörer hinterließ. Das zeigte sich auch in der nachfolgenden Diskussion. Im Anschluß an den Vortrag wurde die Kampfschrift von Prof. Dr. Brunnner „Nur der Volk in Gefahr“ an die Mitglieder verteilt.

Wiener Streikmarkt. Der Kammermusikaband des durch sein missglücktes Ensemblepiel, seinen musikalisch gelungen, sein geliebten, von warmen

und eindringlichen Ausdruck besetzten Vortrag zur Verühmtheit gelangten Wiener Streichquartett Figner verpricht heute Donnerstag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr — Museumssaal — einen erlebten Kunstgenuss.

Verbort Hauptmann in Karlsruhe. Das persönliche Erscheinen des bekannten Dichters am Samstag, den 6. November, im Museumssaal bedeutet ein Ereignis für Karlsruhe. Verbort Hauptmann wird nur eine einmalige Vorlesung hier halten, und hat die Ausgabe von Eintrittskarten für diesen bedeutamen Abend, an dem der Dichter zum ersten Mal in persönliche Fühlung mit dem Publikum tritt, in der Hofmusikalienhandlung Hugo Kunz begonnen. Verbort Hauptmann wird in seiner Vorlesung außer Bruchstücken aus älteren Dramen einige Szenen aus zwei ungedruckten, teils dramatischen Arbeiten, Kapitel aus einem ungedruckten Roman (bekanntlich ist bisher überhaupt noch kein Roman des Meisters erschienen) und eine Anzahl von Gedichten vortragen.

Mittelständler betr.

Der geschäftsführende Vorstand der Mittelstandsvereinigung hat beschlossen, seine Kandidaturen in der Mittelstadt und Weststadt zurückzugeben und stellt den Wählern anheim, in den bevorstehenden Stichwahlen nach ihrer Ueberzeugung zu wählen. Zugleich spricht er seinen Dank aus für das Vertrauen, das ihm aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung entgegengebracht wurde.

Der geschäftsführende Vorstand der Mittelstandsvereinigung.

Aus dem Gerichtssaal.

Mannheim, 27. Okt. Schwurgericht. Eine exemplarische Strafe erhielt der 31 Jahre alte Schlachtmüller Antonio Giacomelli aus Carajon wegen Raubs, nämlich 5 Jahre 3 Monate Zuchthaus und 6 Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte hatte einen Landmann überfallen und ihm seiner Tasche von 30 M. beraubt.

Mannheim, 27. Okt. Der 19 Jahre alte Schuhmacher Adam Heinrich Eck von Frankenthal sah unter der Anlage der Körperverletzung mit Todesfolge auf der Anklagebank. Eck hat am Abend des 22. August d. J. in der Restarvorstadt aus Verger über eine ihm unmittelbar vorher zu Teil gewordene verdiente Züchtigung den ersten Hieb, der ihm begehrt, niedergestochen. Sein Opfer war ein Familienvater, der 27 Jahre alte Schneider Jakob Huber, der gar nichts mit ihm geholt hatte. Das Urteil lautete auf 4 Jahre 4 Monate und 4 Wochen Gefängnis.

Vermischte Nachrichten.

Hd. Dresden, 27. Okt. Im Feinigungs-Walbe des Chemnitz entdeckte die Polizei ein unterirdisches, wohnlich eingerichtetes Mäuerchen und verhaftete den darin schlummernden, flechtlich verpackten Artillerie-Wachmeister Gräfe.

Hd. London, 27. Okt. Infolge furchtbarer Regenfälle stürzte in vergangener Nacht die Eisenbahnbrücke über den Noth auf der South Easternbahn zwischen Gillingham und Titchhurst in dem Augenblick ein, als ein Östzug über sie hinwegfuhr. Der Zug stürzte in den Fluß. Dabei wurde der Lokomotivführer getötet. Der Verkehr auf der Strecke ist unterbrochen.

Lustigste Fahrt. Hd. Frankfurt a. M., 27. Okt. Der Varietal-Ballon hat heute vormittag kurz nach 8 Uhr die Fahrt nach Köln angetreten. Um 8 Uhr 55 Min. wurde das Luftschiff über Mainz gestoppt und schied dann die Richtung rheinabwärts ein. Um 10 Uhr 30 Min. wurde Stolzenhain passiert, um 11 Uhr Bonn. Die Landung in Köln erfolgte um 11 Uhr 40 Min. glatt vor der Widenborfer Wallonhalle.

Hd. Bukarest, 28. Okt. Als gestern nachmittag der französische Aviatikler Bleriot in Anwesenheit von mehr als 50 000 Zuschauern seinen Aufstieg unternommen wollte, fiel der Motor plötzlich aus dem Aeroplan heraus. Der Motor brachte beim Fallen einem Beobachter erhebliche Verletzungen bei. Bleriot hoffte schon in drei Tagen seinen Flug unternommen zu können. Infolge der plötzlichen Abfolge kam es unter dem Publikum, welches sein Geld zum Aufsteigen sehr erregt aufzutreten. Bleriot, der gestern abend wegen seines Prozesses mit der „Aa“ nach Frankfurt abreisen wollte, wird jetzt noch einige Tage in Bukarest bleiben.

Zum Tod verurteilt. Hd. Stendal, 28. Okt. Das altmärkische Schwurgericht verurteilte gestern den Grubenarbeiter Max aus Wenzler an der Eibe, der im Juli d. J. zwei Angestellte der Wittenberger Eisenbahnwerkstätten, die in der Eibe hielten, erschossen hatte, zweimal zum Tode.

Ein furchtbarer Sturm. Hd. London, 27. Oktober. Aus New-York wird telegraphiert: Im Behringsmeer raste gestern der furchtbare Sturm, der dort seit 70 Jahren gewüthet hat. 12 Schiffe sind gestrandet. Der Verlust an Menschenleben ist groß.

34 Mann ertrunken. Hd. London, 27. Okt. Der englische Dampfer Hestia hat bei der Insel Grand Roman an der Ostküste von Nordamerika Schiffbruch gelitten. 34 Mann der Besatzung sind ertrunken, während 6 Mann gerettet werden konnten.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Berlin, 27. Okt. Nach den hiesigen Abendblättern sind die Holz-Engrosfirmen Kurt Ballentin in Komm-Ges. und Julius Bruchl jun. in Charlottenburg in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Verbindlichkeiten beider Firmen werden auf annähernd 4 Millionen Mark geschätzt. Fast sämtliche Berliner Großbanken und große Bankfirmen sollen beteiligt sein.

Der Kaiser hat an den Kaiser von Japan auf Anlaß der Ermordung des Fürsten Ito nachstehendes Beileids-Telegramm gerichtet: Seeben erfahre ich von der Ermordung des Fürsten Ito. Ich bitte Eure Majestät den Ausdruck meiner aufrichtigsten Teilnahme an dem Verlust eines so getrennen und ausgezeichneten Staatsmannes entgegenzunehmen zu wollen.

Regierungspräsident Dr. Krue in Wien ist in gleicher Eigenschaft nach Düsseldorf und Regierungspräsident Dr. von Borries in Magdeburg nach Wien verlegt worden. — Zum Polizeipräsidenten in Berlin ist der Oberregierungsrat von Jagow in Potsdam ernannt worden.

Wofen, 27. Okt. Der 3 ar ist heute früh 8.10 Uhr hier eingetroffen und 9.15 Uhr weiter gefahren. Hd. Wien, 28. Okt. Die vier freitigen Schutzmächte haben an die Offiziers-Liga in Wien die offiziöse Mitteilung gelangen lassen, daß sie bei einem gewaltsamen Umsturzversuch in Griechenland einschreiten müßten und eine gegen die Dynastie gerichtete Aktion nicht dulden würden. Diese Mitteilung wird infolge durch eine Meldung aus Konstantinopel bestätigt, welche besagt, die Türkei habe angeblich in Athen inoffiziell mitteilen lassen, daß sie ebenso wie

